

## **Pressemitteilung 28/2015**

Offenbach, 18.09.2015

Keine Gesetzesanpassungen erforderlich zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum für Flüchtlinge

DEN-Vorschlag an BMWi und BMUB: Mieteinnahmen steuerfrei stellen!

Angesichts der durch Forderungen der Wohnungswirtschaft ausgelösten Diskussion um Änderungen bei EnEV und EEWärmeG hat das Deutsche Energieberater-Netzwerk DEN e.V. eine Stellungnahme an die beiden zuständigen Ministerien, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, geschickt. Selbst vor dem Hintergrund von Engpässen beim Wohnraum, welche durch den aktuellen Zustrom von Flüchtlingen und Asylsuchenden ausgelöst werden, seien Gesetzesänderungen unnötig, so die Einschätzung des DEN. Ausnahmen bei der energetischen Ertüchtigung von Immobilien seien in Einzelfällen bereits durch die heute geltenden Ausnahmeregelungen möglich.

„Wir erleben gerade Versuche, das Rad bei der Energie- und Wohnungsbaupolitik zurückzudrehen. Dem können wir als Energieberater, denen moderner und zukunftsfähiger Wohnraum am Herzen liegt, nicht zustimmen“, erklärt der Vorsitzende des DEN, Dipl.-Ing. Hermann Dannecker. „Was wir brauchen sind innovative und praxisnahe Konzepte, wie man schnell und unbürokratisch Menschen in Not helfen kann, ohne auf langfristige Ziele zu verzichten“, ergänzt die Vorstandssprecherin des DEN, Dipl.-Ing. Marita Klempnow.

Dazu gehöre der Vorschlag des Netzwerkes, auf begrenzte Zeit Einnahmen bei der Vermietung von privatem Wohnraum an Flüchtlinge von der Steuer zu befreien. „Wir halten eine bundesweite Initiative und Aufforderung an Privateigentümer für sinnvoll und schlagen vor, z.B. befristet die Mieteinnahmen bei der Vermietung an Flüchtlinge steuerfrei zu stellen, wenn es sich um zuvor ungenutzten oder unterbelegten Wohnraum handeln sollte“, heißt es in der Stellungnahme des DEN.

Gleichzeitig unterstützt das Netzwerk aus über 700 Ingenieuren, Architekten und Technikern kurzfristige Lösungen bei der Umnutzung von Gebäuden. „Die sehen wir auf Grund bestehender Ausnahmeregelungen unkritisch, solange gewährleistet ist, dass der geforderte Mindestwärmeschutz auch tatsächlich eingehalten wird und eine spätere Nachnutzung dieser Gebäude als Wohnungen definitiv ausgeschlossen wird“, erläutert Marita Klempnow.

Beim Wärmeschutz aber scheinen Wohnungsbau-Unternehmen sparen zu wollen. Klempnow: „Bauen wir schneller, wenn die Dachdämmung nur 8 cm statt 16 cm stark ist? Ist ein Fenster mit schlechteren energetischen Eigenschaften schneller eingebaut als ein Standardfenster? Können wir verantworten, den baulichen Brandschutz abzusenken ohne Kompensationsmaßnahmen durch Sicherheitseinrichtungen, zumal wenn dort zu 100% traumatisierte Menschen

verschiedener Kulturen wohnen sollen?“

Auch Dannecker erkennt in Plänen, den energetischen Standard abzusenken, eine für kommunale Haushalte gefährliche Falle: „Eine spätere Umnutzung von jetzt mit Hilfe von Ausnahmeregelungen geschaffenen Wohnraum darf nur zulässig und förderunschädlich sein, wenn die Gebäude der EnEV (und sonstiger Bauvorschriften) entsprechen. Ansonsten steht zu befürchten, dass diese Gebäude in fünf Jahren über weitere Ausnahmeregelungen (§ 25) zu energetisch minderwertigen Sozialwohnungen umgewidmet werden, deren Betriebskosten die Kommunen dann tragen müssen.“

Das DEN unterstützt die Überlegungen der Bundesregierung, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, dazu unterbreitet das Netzwerk in seiner Stellungnahme konkrete, praxisbezogene Vorschläge.

Dannecker und Klempnow machen aber auch klar: „Die generelle Absenkung der EnEV und anderer Baustandards ist u. E. nicht mit dem Asylrecht zu verknüpfen und nicht gerechtfertigt. Jeder Versuch dazu sollte deshalb entschieden zurückgewiesen werden!“

*Das Deutsche Energieberater-Netzwerk (DEN) e.V. ist ein Zusammenschluss von über 700 Ingenieuren, Architekten und Technikern. Alle Mitglieder verbindet das gemeinsame Arbeitsgebiet der Beratungs- und Planungsleistungen zur effizienten Energienutzung und Einsatz von erneuerbaren Energien im Gebäudebestand, der Wohnungswirtschaft, Gewerbe und Industrie sowie für Kommunen. Ihre Beratung erbringen sie neutral und unabhängig.*

Deutsches Energieberater-Netzwerk (DEN) e.V.  
Geschäftsstelle Frankfurt/Offenbach  
Kaiserleistr. 55  
63067 Offenbach  
[info@Deutsches-Energieberaternetzwerk.de](mailto:info@Deutsches-Energieberaternetzwerk.de)  
[www.Deutsches-Energieberaternetzwerk.de](http://www.Deutsches-Energieberaternetzwerk.de)